

18.07.2012

Widerstand gegen das Einheitsstatut

Minister Paasch fordert Sonderregelung für DG

Ausbildungs- und Beschäftigungsminister Oliver Paasch (ProDG) nutzte am Dienstagnachmittag in Brüssel eine Arbeitssitzung der Arbeits- und Beschäftigungsminister des Landes, um hinsichtlich der seitens der Föderalregierung geplanten Einführung eines »Einheitsstatuts« für Auszubildende eine Sonderregelung für die DG und ihre »Lehre« einzufordern. »Passend zur Wetterlage ziehen sich derzeit dunkle Wolken über der mittelständischen Ausbildung der DG zusammen, denn die mögliche Anwendung des durch die föderale Arbeitsministerin Monica De Coninck (SP.A) in Vorschlag gebrachten 'Statut unique' bedroht das landesweit als Erfolgsmodell geltende duale Ausbildungssystem der DG in seiner Existenz, heißt es in einer Mitteilung aus dem Kabinett des Ministers.

Lehrlinge würden demzufolge künftig als Arbeitnehmer betrachtet, was schwerwiegende Folgen haben dürfte in puncto Ausbildungskapazitäten und -bereitschaft der Unternehmen. Und was naturgemäß dem Grundsatz der hiesigen mittelständischen Ausbildung diametral entgegenstehe: Der Lehrling ist ein Lernender im Betrieb und keinesfalls ein klassischer Arbeitnehmer. »Minister Paasch setzt seit Bekanntwerden des Vorhabens alle Hebel in Bewegung, dieses Unheil abzuwenden. So ließ er das 'Statut unique' auf die Tagesordnung der interministeriellen Konferenz in Brüssel setzen und bat mit Nachdruck darum, die mittelständische Ausbildung der DG aus dem Anwendungsbereich des entstehenden Gesetzestextes auszuklammern.« Nach der Debatte zeigte sich Paasch »optimistisch« angesichts »positiver Signale«, insbesondere der föderalen Arbeitsministerin.

»Die Besonderheiten unseres Ausbildungswesens und auch die Erfolge, die es erzielt, sind durchaus zur Kenntnis genommen worden.«

Oliver Paasch

»Die Besonderheiten unseres Ausbildungswesens und auch die Erfolge, die es erzielt, sind durchaus zur Kenntnis genommen worden. Ministerin De Coninck hat eine detaillierte Analyse dieses Ausbildungssystems in Aussicht gestellt, zu deren Zweck eine Arbeitsgruppe mit DG-Vertretern eingesetzt werden soll«, so Paasch. In jedem Fall ziehe die Ministerin in Erwägung, eine Lösung für das DG-spezifische Problem zu finden, erklärte Paasch, der nach eigenen Angaben seine Position in Brüssel mit den eindeutigen Stellungnahmen der Sozialpartner, des IAWM-Verwaltungsrats, der Mittelstandsvereinigungen, des Allgemeinen Arbeitgeberverbandes sowie auch der IHK untermauert hatte. Im September wird weiterverhandelt, aber »es gibt Hoffnung«.